

blickpunkt

Nr. 261
September 1992

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Das soziale Netz wird weggezogen

Noch mehr draufzahlen - bei Brillen, Brücken, Krücken ...

Was Blüm, vor drei Jahren als "Gesundheitsreform" verkaufte, war nicht nur der Beginn eines Raubzuges auf die Taschen der Patienten und einer Umverteilung zugunsten der Pharmakonzerne, es war der Anfang eines grundsätzlichen Umbaus dessen, was als Sozialstaat bezeichnet wird. Es war der Beginn der Demontage des sozialen Netzes, in das die Konservativen immer wieder tiefe Löcher geschnitten haben. Teil II des reaktionären Umbaus der Gesellschaft wurde nun durch den CSU-Minister Seehofer verkündet. Die gigantische Mogelpackung aus Bonn verspricht "Einsparungen" in Höhe von jährlich 11,4 Milliarden DM, wovon angeblich nur 3,2 Milliarden auf die Patienten entfallen, während 8,2 Milliarden die Pharmaindustrie, die Ärzte, die Apotheker und Krankenhäuser "sparen" sollen. Schon vor drei Jahren, als Blüm behauptete, die Pharmakonzerne würden jährlich einen "Solidarbeitrag" von 1,7 Milliarden leisten, war alles eine Luftnummer. Die Konzerne zahlten Nullkommanichts aber die Patienten rund 7 Milliarden DM. Schlimmer noch, die Konzerne langten in

den drei Jahren wieder kräftig zu, die Arzneimittel-Preise stiegen enorm, die Arzthonorare kletterten auf 25 Milliarden, die Krankenhausbetten verteuerten sich um bis zu 100 Prozent. Ginge es der Regierung um Kostendämpfung, die Begrenzung der Konzernprofite wäre ein sehr wirksames Mittel. Man muß sich nur vergegenwärtigen, daß etwa Methadon, ein im Kampf gegen die Drogensucht eingesetztes Mittel, in Holland pro Einheit etwa 1,50 DM kostet, in der Bundesrepublik dagegen 17,50 DM! Fehlen ihm zwei Zähne kommt der Patient noch mit rund 40 Prozent

Selbstbeteiligung davon, für Millionen schon fast unerschwinglich. Bei dem Verlust von drei Zähnen ist nun die Rede von der "Wahlleistung", der Patient soll die Konditionen mit dem Arzt frei aushandeln, er wird zum "Privatpatienten" und wenn er Pech hat verlangt der Arzt das 3,5fache des bisherigen Kassensatzes. Den Herrschenden geht es um einen Umbau, genauer Abbau des Sozialwesens. Der Einzelne soll für sich selbst sorgen, kollektive Schutzrechte soll es nicht mehr geben, darum werden sie Zug um Zug abgebaut. So
(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Was auf die Kranken zukommt

	Bisher:	Geplant ab 1993
Medikamente	Medikamente mit Festbeträgen frei, für alle anderen Medikamente 3,- DM Selbstbeteiligung	10% Selbstbeteiligung für alle Medikamente (pro Arznei mind. 3,-, höchstens 10,- DM)
Krankenhaus	10,- DM je Tag bis zu 14 Tagen	11,- DM je Tag ohne zeitliche Begrenzung
Zahnersatz	60% Zuschuß	60% Zuschuß nur noch in Höhe der Regelleistung

wie in den USA, wo es 40 Millionen Menschen ohne Krankenversicherung gibt, wo 35,7 Millionen Bürger unter der Armutsgrenze leben, wo jede Klinik, bis auf ein paar Armenhäuser, privat organisiert ist, so sieht das Zukunftsmodell des Sozialwesens aus, geht es nach der Regierung.

Wohnungsnot stürzt immer mehr Menschen in Armut

Der Mangel an preiswerten Wohnungen stürzt immer mehr Menschen mit geringem Einkommen in die Armut. Dies geht aus einer Studie hervor, die der Frankfurter Armutsforscher Richard Hauser für den Deutschen Caritasverband erarbeitet hat. Zur neuen Gruppe der "Wohnungsarmen" gehören vor allem Arbeitslose und Alleinerziehende, die als verdeckt arm gelten. Mit dieser Bevölkerungsgruppe, die keine Sozialhilfe bezieht, obwohl sie Anspruch darauf hätte, befaßt sich die Untersuchung eingehend. Die Armutsgefährdung reicht nach Erkenntnissen der Caritas heute bis in die Personengruppen mit mittlerem Einkommen hinein. Berechnungen des Wissenschaftszentrums Berlin zeigen, daß etwa 25 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet sind. Dabei wurde die Armutsschwelle mit 50 bis 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens festgelegt. Das sogenannte soziokulturelle Existenzminimum wurde 1991 auf monatlich 814,30 Mark für Alleinstehende beziffert. Dieses Existenzminimum sollte nach Ansicht der Caritas als unantastbar gelten, um das soziale Netz "armutsfest" zu machen. Von den Mieter-Haushalten, die keine Sozialhilfe beziehen, haben 38,4 Prozent eine monatliche Warmmietbelastung von 30 Prozent und mehr. Davon beziehen lediglich 30 Prozent der Haushalte Wohngeld. Diese Ergebnisse lassen nach Ansicht der Caritas vermuten, daß ein beträchtlicher Teil dieser Menschen Wohnungsgeldansprüche nicht geltend macht. Besonders problematisch ist die Wohnungssituation für armutsgefährdete Arbeitslose und Alleinerziehende, von denen 39,9 Prozent eine Mietbelastung von 40 Prozent und mehr haben. Mehr als die Hälfte hat eine Wohnung ohne Bad oder Toilette oder

Auch in Mörfelden-Walldorf: Armut auf dem Vormarsch

Im Jahre 1989 wurden in unserer Stadt 995.578,- DM Sozialhilfe ausbezahlt. Im Jahre 1991 waren es schon 4.143.781,- DM.

Insgesamt steigt die Zahl der Sozialhilfeempfänger ständig an. 1973, als im Lande noch weitgehend Vollbeschäftigung herrschte, gab es in der BRD 918.000 Personen die von Sozialhilfe (nur Hilfe zum Lebensunterhalt) leben mußten, 1990 waren es im Gebiet der alten Bundesländer bereits 2,9 Millionen.

keine Zentralheizung. 34,7 Prozent müssen mit weniger als einem Raum pro Person auskommen, 20,2 Prozent waren im vorangegangenen Jahr bei den Mietzahlungen in Verzug gekommen und mußten Räumungsklagen riskieren. Ein großes Problem der verdeckt Armen ist ihre Verschuldung: 57,1 Prozent haben Schulden, die meisten von ihnen bis zu 5000 Mark.

Profitwunder

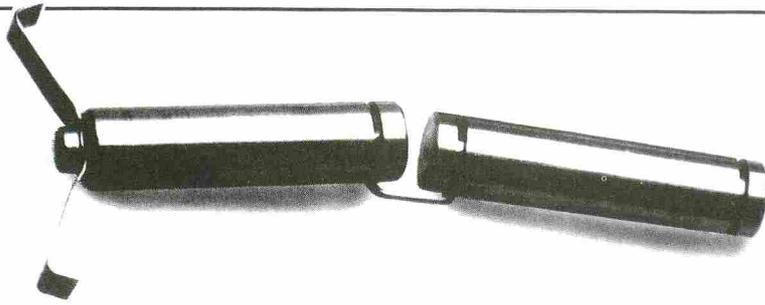
Für gewöhnliche Sterbliche war die deutsche Vereinigung bekanntlich ein Draufzahl-Geschäft. Am empfindlichsten traf und trifft es die, die mangels Masse am wenigsten in der Lage sind zu "teilen". Inzwischen läßt sich schwarz auf weiß nachlesen, wer bei der Vereinigung nicht draufzahlt, sondern abzockt. Die Banken vermelden ein Profitwunder. Sie haben die höchsten Gewinne seit 1979 erzielt. Nachdem das Jahr 1989 noch im Zeichen eines Rückgangs stand, bilanzierten sie 1991 eine regelrechte Gewinnexplosion. 27,3 Milliarden betrug nach ihren eigenen Angaben der Jahresüberschuß vor Steuern, fast 7 Milliarden mehr als im Vorjahr. Dieser Trend hält an. Man stelle sich vor: Die öffentliche Hand wird unter einem Schuldenberg begraben. Leute mit schmaler Briefftasche haben sich auf neue Einkommenseinbußen durch Mehrwertsteuererhöhung und wachsende Sozialbeiträge einzurichten. Arbeitslosen Rentnern und den auf Sozialhilfe Angewiesenen werden immer neue Abstriche am sozialen Leistungsniveau zugemutet. Die Rentenerhöhung '92 mußte aus "gesamtnationa-

ler Verantwortung" unterhalb der Preisauftreibungsgrenze bleiben. Bonn will Karenztage einführen und Möllemann Lohnverzicht. Aber die Banken und großen Kaufhauskonzerne erleben ihr Profitwunder.

Wird in unserer Stadt diese soziale Entwicklung beachtet?

Angesichts der geschilderten Tatsachen sollte bei den hiesigen Sozialdemokraten, bei der CDU, den Grünen und der GBL eine gewisse Nachdenklichkeit einsetzen. "Bei dieser Entwicklung darf es keine Gebührenerhöhungen geben", müßte jetzt eigentlich die Losung sein. Aber offenbar denkt man nicht daran, die veränderte soziale Situation zur Kenntnis zu nehmen.

Schon im Januar '93 wird der Wasserpreis um 30 Pfennig auf 2,10 DM pro Kubikmeter erhöht. (Diese Erhöhung verlangt die Landesregierung als Grundwasserabgabe.) Der forsche Kämmerer Vorndran denkt darüber hinaus an die Erhöhung der Straßenreinigungs- und Bestattungsgebühren. Er will eine "Anhebung" der "Gebühreneinnahmen" bei Kindergärten, Kinderhorten und Kinderkrippen. Nach der Kommunalwahl werden mit Sicherheit weitere Gebührenerhöhungswünsche auf den Tisch kommen. Bedauerlicherweise sieht keine der anderen Parteien die sozialen Zusammenhänge so, wie wir sie schildern. Wir hoffen, daß wir auch nach dem 7. März 1993 im Stadtparlament gegen Gebührenerhöhungspläne auftreten können. Es bleibt richtig: "Linke Opposition ist notwendig!"



Das Ding mit dem Ding

... eigentlich war es ein richtig "grüner" DKP-Antrag bei dem wir dachten, selbstverständlich wird er angenommen. Pustekuchen! Er wurde abgelehnt und den Ausschlag gab hierzu ein mittlerweile etablierter "grüner" Stadtrat. Um was ging's? Vor Wochen begann der "Wassernotstand". Wir überlegten, ob wir vor Ort auch was machen können. Da hörten wir, daß der Kreis Offenbach mittlerweile 12.000 Edelstahl-Gewichtsstücke zur nachträglichen Umrüstung von herkömmlichen WC-Spülkästen auf sparsameren Dosierbetrieb verteilt hatte. Immerhin werden damit von jeder Person täglich auf der Toilette statt 36 Liter nur noch 18 Liter Wasser verbraucht.

Wir wollten also einen Versuch und beantragten, die Stadt solle zunächst 1000 solcher Einsätze (pro Stück DM 3,60) anschaffen und kostenlos verteilen.

(Solche Maßnahmen sind als Initialzündung durchaus sinnvoll.

Durch die kostenlose Verteilung von Kompostern wurde zum Beispiel die Selbstkompostierung von Gartenabfällen außerordentlich befördert.)

Als der Antrag vorlag, wurde der "grüne" Stadtrat mal aktiv. Er verteilte an die Fraktionen eine Stellungnahme des "Obermeisters der Innung für Sanitärtechnik", in der "abgeraten" wird. Also rät der Stadtrat auch ab. Nun wurden zwar bereits eine Million solcher Dinger verkauft und sie funktionieren auch

einwandfrei, aber das juckt ihn nicht. Er grübelt auch nicht über die "Innung" nach, die natürlich neue Spülkästen für ca. 200,- DM pro Stück installieren will. Er rät halt ab und die SPD und die GBL und die anderen halt auch. Es war ja auch ein Antrag der einen großen Fehler hatte - er kam von der DKP.

Sowurde eine echte Wassersparaktion vor allem von einem "Grünen", der zudem die Stadt in seiner Amtszeit eine Million kostet, vereitelt.

Jetzt hat er wieder Zeit, jetzt kann er sich wieder Gedanken machen, ob er den Leuten Strafzettel schicken soll, wenn sie mal "die Gass" nicht gekehrt haben. Vielleicht macht er sich auch mal Gedanken über unsere längst überfällige städtische Abfall-Konzeption. Mal sehen...

PS.: Einer der es wissen muß, sagte vor kurzem: "der Mann ist doch politisch out". Sagen wir's genauer: "Mega-out!"

Tätäää . . .

Stadtverordnetenversammlung im Walldorfer Rathaus. Gegen eine Stimme von Herbert J. Oswald (parteiloses Mitglied der DKP-Fraktion) wird ein Antrag verabschiedet, nach dem die "Industriestraßenanbindung bei der geplanten Südumgehung" geprüft werden soll.

Unterschiedliche Meinungen gibt es hin und wieder, bei allen Themen, in allen Fraktionen. Da es aber bei SPD, CDU, GBL und wahrscheinlich auch bei den neu-

DKP

Linke Opposition bleibt notwendig!

**. . . dran denken
am 7. März 1993**

en Grünen Fraktionszwang gibt, merkt man selten eine andere Meinung.

Herbert J. Oswald ist davon überzeugt, man könne den Verkehr aus der Stadt bringen ohne eine "Südumgehung", deshalb stimmte er als Einziger prinzipiell mit Nein. Der Bürgermeister kommentierte anschließend am Rednerpult: "Das ist die doppelstrategische Öko-Variante der DKP, ohne persönliche Identifikation mit den eigenen Worten!"

Verstanden hat's keiner - es war ja auch schon 23 Uhr.

"Wir haben nach den Startbahn-Abholzungen in unserer Stadt eine außerordentliche Sensibilität gegen Eingriffe in Wald und Wiesen. Das ist gut so.

Wir haben möglicherweise nicht überall die gleiche Sensibilität bei Problemen, die Anwohner der Durchgangsstraßen haben.

Ich vermute, man muß einmal acht Tage in der Westendstraße wohnen, wenn man richtig einschätzen will, was Auto-Terror ist."

Rudi Hechler,
Sprecher der DKP-Fraktion

Kommunalwahl 7. März 1993 - Demokratie braucht Opposition

Nicht wegsehen

Sollte sich die Geschichte wiederholen? Die Gewalttaten von Rostock scheinen ein Beleg dafür. Hier wehrlose Opfer, dort gewalttätige Schlägertrupps und biedere deutsche Bürger, die der Gewalt Beifall spenden, und eine Polizeiführung, die die Opfer im entscheidenden Moment allein läßt, dafür jedoch den starken Staat herauskehrt, wenn es gilt, Gegendemonstrationen zu überwachen. Man kann es gar nicht oft genug wiederholen: Kein Asylbewerber nimmt anderen Arbeit oder Wohnung weg. Keinem Arbeitslosen, keinem Rentner ginge es besser, lebten in Deutschland keine Ausländer. Asylbewerber und Ausländer sind ebensowenig verantwortlich für wirtschaftliche und soziale Fehlentwicklungen heutzutage, wie es die Juden für die Arbeitslosigkeit der 20er Jahre waren. Und keinem Deutschen ginge es besser, wenn das Asylrecht eingeschränkt würde. Wer vom Mißbrauch des Asylrechts redet, braucht nicht die Verfassung zu ändern, sondern muß die Verwaltung verbessern und sollte für Menschen, die ihr Land aus wirtschaftlicher Not verlassen, ein Einwanderungsgesetz verabschieden; hier liegen die Probleme, nicht im Grundrecht auf Asyl!

Das einzige, was die jahrelange Asyldebatte bewirkt hat, ist die Rechtfertigung von Ausländerfeindlichkeit. CDU-Politiker, denen selbst nach den Brandnächten von Rostock nichts besseres einfällt, als wieder einmal eine angebliche "Asylantenflut" zu beklagen, sollten über ihre eigene Rolle als Schreibtischtäter nachdenken. Und sollte die SPD in dieser Frage eilfertig zu Kreuze kriechen, würde auch sie den Ausgrenzungstendenzen neue Nahrung geben und sich an weiteren Exzessen mitschuldig machen.

Wie weit die Saat der unseligen Asyldebatte schon aufgegangen ist, beweist die verbreitete Verwechslung von Opfern und Tätern. Über das Schicksal der evakuierten Ausländer und ihrer Kinder erfährt man wenig. Um so häufiger wird um Verständnis geworben für die Bürger von Rostock-Lichtenhagen, als wären sie, die das Asylbewerberheim in ihrer Nähe "ertragen" mußten, die eigentlichen Opfer! Dabei sind der Beifall, die Anfeuerungsrufe und die Uneinsichtigkeit der umstehenden Bürger im Grunde noch erschreckender als die Gewalttaten der organisierten Schlägertrupps. Die Barbarei des Nationalsozialismus wurde

nicht zuletzt deshalb möglich, weil viele, allzu viele dem Treiben der SA und anderer Banden zustimmten oder untätig wegsahen.

Ausländerfeindliche Strömungen sind vor allem in den neuen Bundesländern besonders verbreitet. Namen wie Hoyerswerda und Rostock werden noch lange mit dem Makel rechtsradikaler Gewalt behaftet bleiben. Ob und inwieweit die Entwicklung der DDR dazu beigetragen hat, daß die Illiberalität hier besonders spürbar ist, darüber wird zur Zeit viel spekuliert. Doch solche Betrachtungen dürfen nicht den Blick dafür stellen: Ausländerfeindlichkeit ist eine gesamtdeutsche Erscheinung. Sie wurzelt letztlich in sozialen Problemen. Seit Jahren herrscht Arbeitslosigkeit. Immer mehr Menschen und ihre Familien müssen sich um ihre Zukunft Sorgen machen. Vor allem jüngere Menschen leiden unter beruflicher Perspektivlosigkeit, in den neuen Bundesländern weit mehr noch als im Westen. Uneingelöste Wahlversprechen, Blindheit gegenüber der Lage in den neuen Bundesländern, die Kälte des marktwirtschaftlichen Verwüstungsprogramms der Treuhänder, dies alles fördert nicht nur die allseits beklagte Politikverdrossenheit; es führt auch dazu, daß die solcherart enttäuschten und bedrohten Menschen ihr Heil in der Abgrenzung nach unten suchen.

Wer verhindern will, daß verletztes Selbstwertgefühl, Kränkungen und Demütigungen zu Nationalismus und Gewalt drängen, muß die sozialen Ursachen verändern. Natürlich gilt das in erster Linie für die Politik. Doch von selbst wird sich hier kaum etwas ändern. Im Gegenteil, die jüngsten Reaktionen auf die Rostocker Brandnächte sprechen dafür, daß unter dem Etikett der Asylrechtsdebatte weiter Sündenböcke vorgeführt werden, statt Arbeitslosigkeit und soziale Entrechtung zu bekämpfen. Deshalb gilt es, der Politik Beine zu machen. Zum Beispiel durch plausible Vorschläge für einen menschenwürdigen "Aufschwung Ost". Auch an die eigene Adresse sei die Frage gerichtet: Wenn viele Menschen ihr Heil in der Irrationalität nationalistischer Verblendung suchen, hängt das nicht auch mit der Orientierungslosigkeit und Sprachlosigkeit der Linken zusammen?

(Aus: »Forum«, Zeitschrift der IG Medien)

**Immer dran denken:
Jede Spende hilft dem
»blickpunkt«!**

Zur Verkündung des Wassernotstandes im August erhielten wir einen Brief in dem es u.a. heißt:

Wassermangel bleibt

Der Grundwasserspiegel in unserer Region sinkt dramatisch, der Wald vertrocknet, im Ried bekommen die Häuser Risse. Hier werden jährlich 9 Millionen cbm Wasser mehr entnommen als sich durch die natürlichen Niederschläge neu bilden können.

Seit dem 15. August ist es mit der Verkündung des Wassernotstandes z. B. verboten, Autos zu waschen oder den Rasen zu sprengen. Es ist gut, das Bewußtsein für einen sorgfältigen Umgang mit einem so lebensnotwendigen Stoff wie Wasser zu entwickeln. Aber das natürliche Gleichgewicht im Grundwasserhaushalt ist mit solchen Maßnahmen nicht wieder herzustellen, wenn man bedenkt, daß der durchschnittliche Wasserverbrauch von 160 cbm pro Kopf nur 10% des Gesamtaufkommens beträgt und der Rest von Betrieben verbraucht wird. Hier ist die Natur, infolge einer verfehlten Politik die Massenansiedlung von Industrie und Menschen im hiesigen Ballungsgebiet nach wie vor fördert, überfordert. Es sollte deshalb nicht wundern, wenn demnächst auch die zweite Notstandsstufe ausgerufen würde.

Der Anbau von Nutzpflanzen wäre dann nur sehr sporadisch, nämlich wetterabhängig möglich. Man würde dann wieder einmal die "Kleinen" für die Sünden der "Großen" büßen lassen. Obst und Gemüse wäre dann nur noch für teures Geld zu haben. EH

Die USA wollen mit neuen Embargo-maßnahmen Kuba auf die Knie zwingen. Deshalb gerade jetzt:



Solidarität mit Kuba

Spendenkonto: Postgiroamt Köln
Konto-Nr. 253525-502, BLZ
37010050, Stichwort: Kuba

DKP-Antrag für Fahrrad- Abstellplätze angenommen

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag der DKP-Fraktion einstimmig angenommen, so daß die Stadt nun in ihrer Stellplatzsatzung nicht nur Parkplätze für Autos, sondern auch Fahrradabstellplätze fordern kann. Ferner wurde in dem Antrag auf neuzzeitliche Fahrradständer und Überdachungen verwiesen.

Radfahren könnte auch in unserer Stadt noch schöner sein, wenn im Straßenverkehr Radfahrerinnen und Radfahrer zumindest als gleichberechtigte Partner anerkannt wären. Doch viele Verkehrsplaner und Politiker betrieben Jahrzehnte lang die einseitige Förderung des Autos. Für die Bedürfnisse der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer hatten und haben sie oft zu wenig Verständnis. Die DKP setzt sich im Stadtparlament seit Jahren für die Radfahrer ein und fordert:

- eine umweltfreundliche Verkehrspolitik, die konsequent das Radfahren fördert,
- sichere und gut befahrbare Radwege und Radverkehrsnetze innerhalb des Stadtgebietes, in die Erholungsgebiete und in die Nachbargemeinden
- ein besseres Angebot bei der kombinierten Nutzung von Fahrrad und öffentlichen Personennahverkehrsmitteln
- besseren Schutz gegen Fahrrad-diebstahl, wie diebstahlsichere Abstellanlagen und überdachte Fahrradstationen.
(Wie notwendig das ist, sieht man an den katastrophalen Zuständen im Bereich des Mörfelder Bahnhofes - s. Foto)

HH



So sieht es vormittags, nach Abfahrt der Züge, am Mörfelder Bahnhof aus. An der West- und Ostseite stehen insgesamt bis zu 200 Fahrräder bei Wind und Wetter ungeschützt und ohne Fahrradständer. Erfreulicherweise kommen viele Schüler und Erwachsene mit dem Fahrrad zum Bahnhof und fahren mit der Bundesbahn in die Schulen nach Groß-Gerau und Frankfurt, sowie auf ihre Arbeitsplätze. Die Stadt muß auch an die Bundesbahn herantreten, damit hier ordentliche und überdachte Fahrradabstellanlagen geschaffen werden.

POST

Am Ende einer Saison

Am Ende der Badesaison erreichten uns Hinweise einer regelmäßigen Schwimmbadbesucherin:

Duschen

Der automatische Türschließer geht nicht, ständig steht die Tür auf. (Zwei von fünf Duschen waren kaputt.) Überhaupt scheinen die Duschen zu klein, zu eng. Es gibt zu wenig Haken, man kann sich nicht drin umziehen. Man sollte überlegen ob was zu ändern ist. Zum Beispiel durch Trennung von Toilette und Dusche. Evtl. Nutzung der hinteren, ehemaligen Umkleidekabinen.

Daß bestimmte Reparaturen kaum mehr ausgeführt werden (Stichwort Vandalismus) ist Schwachsinn. Verschleißerscheinungen in einer so stark frequentierten öffentlichen Einrichtung sind bis zu einem gewissen Grad normal. Wer sich mit 6-7000 Besuchern täglich brüstet, darf sich über kaputte Klo-Spülungs-Drücker nicht beschweren, sondern steht in der Pflicht, diese reparieren zu lassen.

Idee

Kann sich die Stadt nicht um eine Art Hausmeister bemühen, oder die städtische Reparaturgruppe vergrößern und über die Sommermonate dort einsetzen. Man könnte auch die Besucher anregen, Schäden zu melden oder Anregungen und Wünsche zu äußern.

David hat Goliath auch
geschlagen.

UZ

Zeitung
der DKP

Probexemplare bestellen!
Hoffnungstraße 1, 4300 Essen 1

Kehrtwende

Von der einstigen Aufbruchstimmung ist in der SPD nicht mehr viel übrig geblieben. Die "neue Generation", von Lafontaine über Engholm, Schröder, Voigt, Roth bis hin zu Klose, als "Hoffnungsträger" gefeiert, ist in einigen Fragen politisch zur CDU/CSU übergelaufen. Ausgangspunkt der "Wende" in der Politik der SPD-Spitze war das Treffen auf dem Petersberg. Während in Rostock Brandflaschen auf die Ausländerunterkunft geworfen wurden, machte Engholm der staunenden Öffentlichkeit klar, daß nunmehr auch die SPD für eine Änderung des Artikel 16 Grundgesetz eintrete und zudem ebenfalls dafür sei, daß deutsche Soldaten an militärischen Einsätzen im Ausland beteiligt werden.

Warum noch warten auf einen Sonderparteitag?

Das Entsetzen bei Teilen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft war ebenso groß wie die begeisterte Zustimmung der Bonner Regierung. Die "Rheinische Post" schrieb zum Kurswechsel der SPD in ihrem Leitartikel: "Der feinsinnige Zauderer Engholm" hat die SPD, "wenn auch reichlich spät, zur Umkehr aus einer politischen Sackgasse" bewogen. Der Ruf nach einem Sonderparteitag ist in der Sozialdemokratie sofort laut geworden und er soll wohl stattfinden. Doch die Leute im Erich-Ollenhauer-Haus schaffen schon Fakten. So will Fraktionschef Klose "das Asylthema in diesem Jahr, möglichst noch im Herbst, vom Tisch haben". Gefragt, ob er nicht den Sonderparteitag abwarten wolle, antwortete Klose: "Nein, wenn der Parteivorstand die neuen Vorschläge bestätigt, werden Experten der Fraktion mit den anderen Fraktionen Gespräche aufnehmen." Engholm meinte zur Kritik in seiner Partei, eine Änderung des Asylrechts sei notwendig, auch wenn in der SPD "bis aufs Blut" darüber gestritten werde. Es mache wenig Sinn, an lieb gewonnenen Positionen festzuhalten. "wenn der Wirt die Rechnung sehen will." Wer der "Wirt" ist oder werden soll, das verkündete der gar nicht mehr so Kühle aus dem Norden der "Bild am Sonntag": Mit Ruhe könne er sich eine große Koalition vorstellen. Und damit die Konservativen auch die rechten Zeichen der Zeit verstehen, erklärte Engholm dann auch gleich noch seine Bereitschaft, Lauschangriffen, versteckten Kameras und verdeckten Ermittlern zuzustimmen. Was die reaktionären Kräfte einzuführen gedenken, übersteigt alles, was an Einschränkung



gen der Grundrechte der Bürger durch die Notstandsgesetze erfolgte. Der politische Mißbrauch zur Überwachung der Bürger ist von der SPD bislang immer befürchtet worden. Das ist jetzt der Schnee von gestern. Engholm-Originalton in der Illustrierten "Bunte": "Ich bin bereit, mehr staatliche Härte walten zu lassen, als das anderen - auch in meiner Partei - lieb ist".

Wie wird die Basis in der SPD reagieren?

Auch hier sind die "Experten" der von der Spitze her gewendeten SPD schon am Werke. Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, der SPD-Bundestagsabgeordnete Bernrath, hat die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe der Polizei, ein Sonderkommando "gegen Straßenterror" gefordert. "Im Augenblick sehe ich keine andere Chance, als hart durchzugreifen, um die kriminellen Aufstände zu bekämpfen." So Bernrath. Erinnern wir uns an die schrecklichen Nächte von Rostock. Als die Wohnungen brannten hatte die örtliche und Schweriner Landespolizei insgesamt um 300 Polizei-Beamte aus Hamburg und Schleswig-Holstein gebeten. Als die antifaschistische Demonstration am Samstag danach stattfand, hatten die gleichen Landesbehörden 3200 Polizeibeamte aus dem Westen im Einsatz. (In unserer Gegend hat man nicht vergessen, daß den Demonstranten während der Start-

bahnauseinandersetzungen oft 8-10000 Polizisten gegenüberstanden.) Ein enormes Erstaunen über den Kurswechsel der SPD-Spitze befällt uns nicht. Wer durch die pragmatische und opportunistische Schule des Helmut Schmidt gegangen ist, und das sind sie alle, die Engholms und Kloses, der verhält sich entsprechend. Was allerdings erstaunt, das ist die Unverfrorenheit, mit der die sozialdemokratische Parteibasis vorgeführt wird, mit der Parteitagsbeschlüsse über Bord geworfen werden. Vergleicht man Petersberg mit Godesberg, vergleicht man den damaligen Wehner mit den aalglatten Engholm und Klose - dann wurde damals in der SPD noch leidenschaftlich gestritten, und es gab Widerstand, auch in organisatorischer Form. Heute entscheidet ein kleines Häuflein von Ehrgeizlingen in feudalistischer Manier. Bleibt die Frage, wie reagiert nun die Basis? Bei den Hessen gabs Proteste, die Jusos sind frustriert, es fliegen auch mal wieder (auch in unserer Stadt) Parteibücher. Andere bereiten sich auf den Sonderparteitag vor. Doch auch die Hoffnungen jener, die da wieder die Glaubwürdigkeit ihrer Partei herstellen wollen, wird geringer. Zu einem Zeitpunkt, da die CDU/CSU vor dem Scherbenhaufen einer allseits verfehlten Politik steht, eilt eine prinzipienlose Gruppe von SPD-Spitzenleuten der Reaktion zu Hilfe. Wie schon so oft in der deutschen Geschichte. Für Linke in der SPD ein Grund mehr, sich nach einer linken Heimat umzusehen.

Kurz notiert

Man sollte es feiern

Wie der Magistrat in der letzten Ausschußwoche mitteilte, wurde jetzt der Auftrag für die Lieferung einer überdachten Bushaltestelle am Zillering vergeben. Ein Antrag der DKP-Fraktion zum Haushaltsplan '92 - vom Stadtparlament im Dezember 1991 beschlossen - wird damit tatsächlich innerhalb eines Jahres umgesetzt.

Erster Schritt

Im Sommer wurde die Unterführung am Walldorfer Bahnhof renoviert. Sie bietet jetzt ein freundlicheres Bild, ist sicherer zu begehen und auch das passieren mit Fahrrädern und Einkaufstaschen ist jetzt leichter möglich. Diesbezügliche Vorstöße der DKP hatte Bürgermeister Brehl in seiner bekannt flapsigen Art im Umgang mit der Opposition mehrfach abschlägig beschieden ("Ich denke nicht daran, da was zu machen - das ist Sache der Bahn") - jetzt ließ er sich für seine Initiative feiern. Nun ist es jedermanns Sache, ob er sich mit fremden Federn schmückt. Wir begrüßen jedenfalls, daß an dieser Stelle endlich etwas zum Nutzen der Bürger getan wurde. Wir erwarten allerdings, daß auch der Pavillon mit Toilettenanlage am Bahnhofsvorplatz demnächst Realität wird. Denn das hat immerhin das Stadtparlament im Dezember 1991 auf Antrag der DKP-Fraktion beschlossen.

Verbesserung

Die DKP-Fraktion brachte in der Stadtverordnetenversammlung folgenden Änderungsantrag zu einem SPD/GRÜNEN-Antrag ein, der Wassersparmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden unserer Stadt zum Ziel hatte. ... "Wasserspartasten für WC-Spülkästen werden auch in den im Eigentum der Stadt stehenden So-

zialwohnungen und anderen Wohnhäusern eingebaut, die damit noch nicht ausgestattet sind.

Darüber hinaus fordert die Stadt Mörfelden-Walldorf den Kreis als Schulträger auf, entsprechend diesem Antrag umgehend sämtliche Schulen im Stadtgebiet mit Wasserspartasten an den WC-Spülkästen und Durchlaufbegrenzern an den Zapfhähnen der Waschbecken auszustatten." Er wurde vom Stadtparlament so beschlossen.

*Jede Mark
hilft dem
»blickpunkt«!*

*Unser Konto: Kreissparkasse
Groß-Gerau,
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553*

Ingenieur- »leistungen«

Im Mörfelder Rathaus wird zur Zeit die Heizungsanlage umgebaut. Es erfolgt die Umstellung von Elektro-speicheröfen auf Gaszentralheizung. Das war seit Jahren vorgesehen und ist aus Umweltgesichtspunkten nur zu begrüßen. Im März wurden die vorraussichtlichen Herstellungskosten von dem beauftragten Ingenieurbüro noch mit ca. 360 000,- DM netto beziffert. Vergeben wurden die Arbeiten jetzt für fast das Doppelte! Ein Grund dafür: Wie erst auf Nachfragen mitgeteilt wurde, muß auch der Heizkessel, der erst im Zuge der Umbaumaßnahmen am "Goldenen Apfel" installiert worden war, ausgetauscht werden.

Man fragt sich bei solchen Vorgängen, für welche "Leistungen" manche Ingenieurbüros ihre nicht geringen Honorare (ca. 20% der Auftragssumme) einstreichen.

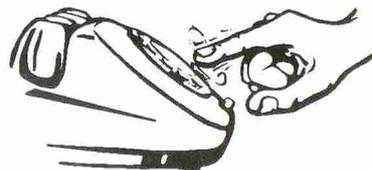
Hoffentlich wurde bei der Neuberechnung der Kesselgröße und -funktionen jetzt nicht vergessen, daß da auch der "Goldene Apfel" dranhängt. Auszuschließen wäre das nicht. GS

Sehenswert

Im Walldorfer Museum gibt es eine sehenswerte Ausstellung: »Neue Heimat Walldorf - Flucht, Vertreibung und Neubeginn nach dem zweiten Weltkrieg«.

Es gibt eindrucksvolle Dokumente zu sehen, die nachdenklich machen. Man kann sich jetzt besser vorstellen, was es heißt, über Nacht die Heimat zu verlieren.

Eine kleine Hinweistafel allerdings wäre sicher notwendig gewesen. Man hätte an die Ursachen von Not, Unrecht und Vertreibung hinweisen können. Immerhin, der deutsche Faschismus überzog die Welt mit Krieg, Verbrechen und Leid. Im Jahr 1945 kam Not, Leid und Unrecht zurück.



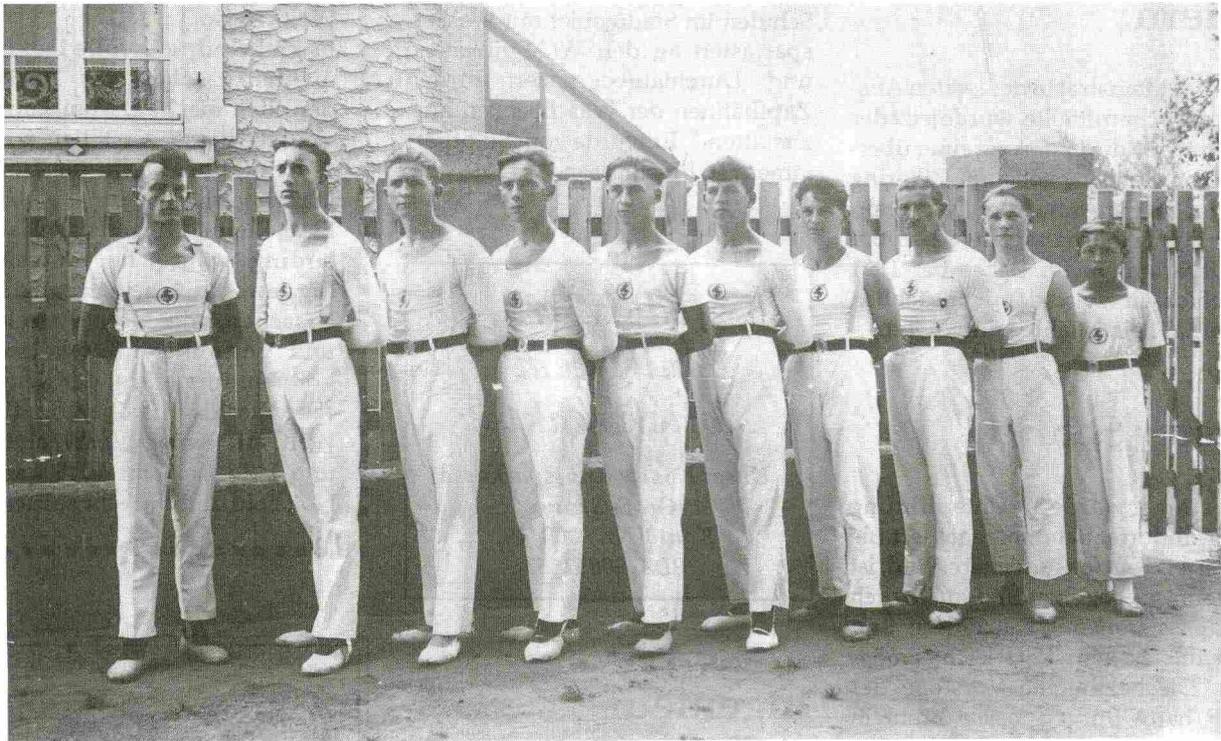
**Einfach
anrufen!**

**Sicher haben Sie
auch schon oft
gedacht - »das wär
was für den
blickpunkt«.**

**Also, demnächst
einfach anrufen!**

**Tel. 23366, 22362,
3335, 3859.**

Stadtgeschichten



10 Walldorfer Turner in bekannter Turn-Riegenaufstellung, aufgenommen im Jahre 1927/28. Walldorfs Turnertradition ist bereits über ein Jahrhundert alt. Schon 1888 fand die Gründung des "Turnvereins Walldorf" statt. Im Jahre 1919 kam es zur Vereinigung mit den "Freien Turnern". Beide Vereine gelten als Vorläufer der heutigen "Sport und Kulturgemeinschaft 1888" (SKG), die sich nach dem 2. Weltkrieg konstituierte. Während der Hitlerzeit von 1933-1945 waren die Turner, wie alle anderen Arbeiterorganisationen, verboten und ihr Vermögen beschlagnahmt. Die Namen der Turner sind von links: Albert Reviol, Ludwig Jakob, Albert Steckenreiter, Philipp Best, Wilhelm Stroh, Adam Klein, Philipp Wilker, Ludwig Jourdan, Peter Jourdan und Wilhelm Cezanne.



TERMINE FRAUENTREFF

Dienstag, 29.9., 19.30 Uhr

»Isolation von älteren Frauen - wie reagiert unsere Gesellschaft darauf?«

Referentin: Gabriele Maier

Freitag, 16.10., 20.00 Uhr

»Auswirkungen und Heilungsmöglichkeiten des sexuellen Mißbrauchs im Leben der betroffenen Frauen«
Gesprächsrunde mit Brigitta de las Heras

Dienstag, 20.10., 20.00 Uhr

»Welche Rolle spielen Frauen in den Gewerkschaften?«
Diskussion mit Dagmar Stuckmann